GSP.Z-01-123-2

Kapitel 4: Zusammen leben

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	BAG Dachstruktur QueerGrün
Beschlussdatum:	12.09.2020

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 123 bis 129:
~~(~~184) Eine offene Gesellschaft ist eine der Geschlechtervielfalt, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein können. Freiheit und Würde ~~bedeuten~~bedeutet zum Beispiel, sich einem Geschlecht ~~zuordnen zu können~~zuzuordnen oder auch nicht. Und es bedeutet, die eigene sexuelle Orientierung und geschlechtlicher Identität selbstbestimmt finden und leben zu ~~finden~~können. Freiheit und Würde bedeuten auch, gemäß der eigenen sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität die Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Die staatliche Diskriminierung von inter*, trans* und nicht-binären Menschen ist zu beenden. Antiqueere, homo-, bi- und transfeindliche Ressentiments und Diskriminierung sowie Angriffe auf lesbische, schwule,

Begründung

Inter*, trans* und nicht-binäre Menschen sind in Deutschland staatlicher Diskriminierung ausgesetzt. Das muss ein Ende haben! So wird gezielt von staatlicher Seite die Änderung des Vornamens- oder des Personenstands erschwert, Menschen mit Personenstand "divers" werden nicht in die Geburtsurkunden ihrer eigenen Kinder eingetragen, immer noch finden knapp 2000 unnötige Genital-OPs pro Jahr an intergeschlechtlichen Kindern statt, die bedarfsgerechte medizinische Versorgung von trans* Personen wird blockiert, ...